

Mittel-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Mittel-Zeitung“ erscheint an jedem Samstag des monatlichen Monatsheftes nach dem 1. Dezember, Ausgabezeitung des Monatsheftes 1.40 Schilling, nach dem 1. Dezember, Ausgabezeitung des Monatsheftes 1.40 Schilling, nach dem 1. Dezember, Ausgabezeitung des Monatsheftes 1.40 Schilling.

Die Ausgaben werden nach Monats-Zahlen berechnet. Die Zeitungs-Verwaltung: Halle a. S., Postfach 17. Fernsprecher: Central-Nummer 7431. Druck-Verlag: „Gesellschaft für Druck- und Verlags-Angelegenheiten“, Halle a. S., Postfach 17. Fernsprecher: Central-Nummer 7431. Druck-Verlag: „Gesellschaft für Druck- und Verlags-Angelegenheiten“, Halle a. S., Postfach 17.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Geschäftsführer der Deutschen Turnerschaft, Breithaupt, erklärt, daß die Deutsche Turnerschaft den von der demokratischen Partei angebotenen Wahlplätzen „Turner heraus“ nicht fernsteht, da sie parteipolitisch neutral ist. Die Demokraten müßten sich doch sehr schämen, daß sie in so allen möglichen Kreisführungen der Wähler ihre Zukunft nehmen.

Der deutsch-sächsische Schutz- und Trutzbund fordert die Reichstagen und Nationalitäten auf, bei der Wahlen deutsch-nationalen zu stimmen, da die Reichstagsausführung in der Hoffnung erfolgt sei, daß ein Abbruch der deutsch-nationalen erfolgt. — Das ist wahrhaft gesunde politische Sinn. Das deutsche Volk wird es schon noch lernen, politisch zu denken, d. h. an das große Ganze statt nur an die Einzelpartei.

Wie von zukünftiger Stelle verläuft, ist das Reichsfinanzministerium mit der Reform der gesamten Steuererhebung beschäftigt, die aber nicht vor Ende April des nächsten Jahres abgeschlossen sein dürfte. Man sieht, wenn sich ein Ueberflut über die finanzielle Lage gekommen ist, die Umwälzungen um ein weiteres halbes Prozent ermöglichen zu können.

Der Reichstag nimmt in seiner heutigen Sitzung für die Verlängerung der Geltungsdauer der Erwerbslosenfürsorgebestimmungen im besetzten Gebiet bis zum 31. März 1925. Ferner nahm er den Entwurf über Vorauszahlung von Steuern und Maß der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge an, die am 1. Januar 1925 in Kraft treten sollen.

Am Mittwoch trafen zwei englische Offiziere der Internationalen Kontrollkommission aus Königsberg in Weimar ein und begaben sich nach einem Diner im Kreis Redenburg. Auf eine „Angebot“ hin suchte die Kommission in einer ersten Scheune mehrere Stunden lang nach Waffen, fand aber nur eine zerbrochene Konferenz-Tische und mehrere Pistolen. Die Scheune wurde darauf von der Kommission verlassen. Am Donnerstag erfolgte ein Besuch der Allenheimer Schulpolizei.

Nachdem durch einen Beschluß des sächsischen Ministeriums die sächsische Geländehaft in München am 1. Dezember 1923 aufgehoben worden ist, schweben seit Verhandlungen zwischen der sächsischen und der bayerischen Regierung über die Wiedereinrichtung der beiderseitigen Vertretungen. Begründet wird die Wiedereinrichtung mit der Herstellung und Pflege des alten Vertrauensverhältnisses zwischen Bayern und Sachsen im Interesse der beiden Länder und des Reiches. Unsere Sozialisten und Demokraten wollten den deutschen Partikularismus zerteilen und das nationale Leben zentralisieren. Was haben sie erreicht? Das Gegenteil — wie überall, wo ihre unglücklichen Hände in das feine Getriebe der Politik einzuwirken.

Auf Grund des bisherigen Ergebnisses der Generalkommission haben die alliierten Regierungen beschließen, die Offiziere der Lebenswahrungskommission um die Hälfte zu vermindern. Die Kommission soll von 21 und 180 Offizieren Ende dieses Jahres auf 100 Offiziere herabgesetzt werden. Eine weitere Verminderung ist für Januar in Aussicht genommen.

Professor Gustav Cassel, der bekannte schwedische Nationalökonom, wird im Namen der Norddeutschen Gesellschaft eine Vortragreihe durch Deutschland unternehmen, die in Berlin beginnt. Prof. Cassel wird nach voranschreitend in Dresden, Leipzig, Nürnberg, Frankfurt, Hannover, Bremen und Stettin sprechen.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 24. November 1.190.400; das bedeutet gegenüber der Vorwoche 18.000 Arbeitslose weniger. — Sorgen wir am 7. Dezember durch Wahlen einer Regierung mit nationalem Charakter dafür, daß die Engländer ihre Arbeitslosigkeit nicht auf unsere deutschen Arbeiter abschieben können.

Nach einer Sanatsammlung aus London dürfte die Frage der Prozentigen Zuschlaggabe der Konferenz der internationalen Finanzminister in Paris unterbreitet werden.

Der Generalkonferenz des Völkerbundes veröffentlicht eine Note Chamberlains an den Völkerbund, in der sich England über die Einmischung in den japanischen Konflikt verhält. Wenn wir Deutschen uns einmal an der Völkerbund wenden wollen, wird Frankreich hohnlachend auf die englische Note verweisen und sich auf „jede Einmischung verbieten“. Macht geht vor Recht. Nur unsere Erklärungsamtler wollen das nicht.

In dem Zentrum der politischen Industrie, im Bezirk Koblenz, ist der Generalkonferenz verordnet worden. Außer den Zeitungen arbeiten nur die lebenswichtigen Betriebe.

Nicht zersplittern, nicht die Mitte wählen!

Die Mitte entsteht von selbst.

Vor der Revolution wurden die deutschen Demokraten nicht müde, England und die Engländer als Muster politischer Gesittlichkeit hinzustellen. Sie hielten gar nicht so unrecht, die damaligen deutschen Demokraten. Wir können noch heute von den Engländern lernen. Nur die heutigen Demokraten wollen es nicht mehr, weil es ihnen nicht in ihr Krämchen paßt.

Die Engländer haben wie wir drei große Parteien: Deutsch-nationale (Unionisten oder Konservativen), Volkspartei (Liberalen), Sozialisten (Arbeiterpartei). Außerdem haben wir noch leider eine vierte große Partei, das Zentrum. Der Hauptunterschied zwischen den englischen und deutschen Parteien ist, daß die englischen sämtlich national sind, auch die Arbeiterpartei.

Und wie wählen die Engländer? Sie wählen diejenige, die eine leistungsfähige Mittelregierung bilden. Sie berücksichtigen also zunächst, ob alle Splitterparteien und geben nahezu sämtliche Stimmen für die drei großen Parteien ab. Nachher wird es eben! Denn wir brauchen eine feste Regierung noch viel nötiger als sie.

Das würde, auf unsere deutschen Verhältnisse übertragen, heißen: keine Stimme den Splitterparteien, den Kommunisten, den Demokraten, den Nationalsozialisten und den ganz kleinen Parteien. Alle Stimmen den drei bzw. vier großen deutschen Parteien. Sonst kommt fast einer großen, starken Regierung ein Mißgeschick heraus, der durch häufige Zuständigkeiten an die Splitterparteien die großen Gesamtinteressen der Nation aus den Augen verliert und schließlich — wie wir das alle seit sechs Jahren kennen.

Weiter aber wählen die englischen Liberalen von großem Teil konzentriert unter Verzicht auf eigene Kandidaten. Das sollen sich unsere Demokraten hinter die Ohren schreiben, die doch den Engländern sehr selbst und uns immer als Muster hingestellt haben. Jetzt mögen sie zeigen, daß sie es ehrlich gemeint haben. Und daß sie politischen Verstand haben.

Jeder englische Wähler weiß: keine Stimme und der Sieg seiner Partei bestimmt noch nicht die Politik. Sondern die Politik wird bestimmt durch die Mischung zwischen den großen Parteien. Man braucht nicht das ganze Parteiprogramm der Deutsch-nationalen zu billigen und kann doch deutsch-national wählen, und man braucht nicht das ganze Programm der Deutschen Volkspartei zu billigen und kann doch volksparteilich wählen.

Wieder ein französischer Gesandter in München?

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus München: Dem Vernehmen nach beabsichtigt die französische Regierung, den an Stelle des abgerufenen Gesandten Dard mit der Vermählung der französischen Gesandtschaft in München betrauten Volkshofsrat Grafen D'Ormalson zum Gesandten in München zu ernennen. Der bayerischen Regierung ist seit jetzt ein Ansuchen der französischen Regierung um die Erteilung des Akkredits für den neuen Gesandten nicht zugegangen. Besser wäre es, die Franzosen blieben fort. Denn die Gesandtschaft in München soll ja doch nur die Loslösung Bayerns und Süddeutschlands vom Norden, der alten Napoleonischen Plan, erstreben. Wer weiß! Was uns von Frankreich in Süddeutschland und am Rhein noch alles befehrt wird, wenn wir nicht endlich eine energische Regierung der nationalen Selbsterhaltung bekommen.

Orgen Mussolini.

Im italienischen Senat warf Senator Albertini, der Direktor der Zeitung „Corriere della Sera“, Mussolini vor, daß er um jeden Preis an der Regierung bleiben wolle. Wenn der Senat zustimmt, daß die Regierung Parlamentszulassung missgibt, so finde das Land auf das Niveau einer föderativen Republik herab, statt ein Einheitsland mit liberaldemokratischer Regierungsform zu sein. Je mehr die Regierung nach rechts rennere, desto fäcker werde die Gegenbewegung nach links sein. Albertini fordert Resignation, die mit der bisherigen Mehrheit vollständig drohen würden.

Zahlreiche Senatoren stimmten dem Ausschließen Albertinis zu. Die beiden Industriellen Conti und Crespi begründeten die Sympathien der industriellen und arbeitenden Kreise für den Faschismus.

Denn, jeder englische Wähler weiß und beherzigt das: durch das Gegengewicht der Sozialdemokratie entsteht von selbst eine Politik der Mitte, auch wenn, wie in England, die Mitte nur ganz wenige Sitze hat.

Das ganze Gerede, wir müßten eine Regierung der Mitte bekommen und deshalb die Mittelparteien wählen, ist eine Zersplitterung. Das bringt uns, weil außer der Mitte noch eine stabile Mitte da ist, nur eine fast linksgerichtete Regierung, aber keine Regierung der Mitte. Sondern wir müssen rechts wählen, damit aus der Mischung von rechts und links im Parlament eine wirtschaftliche Politik der Mitte zustande kommt.

Die englischen Liberalen haben das begriffen und haben deshalb, ohne ihrer Überzeugung untreu zu werden und ohne alle Anhänger der Konservativen zu billigen, konzentriert gewählt, weil sie nur dadurch verhindern konnten, daß eine Politik der Linken statt einer Politik der Mitte herauskam.

Bei uns geht es wie in England: die Links-politik hat sich als unglücklich erwiesen. Wir brauchen eine Politik der Mitte. Darum müssen alle, die keine Unparteilichkeit mit ihrer Papiermarte, Vermögensentwertung, Verschwendung und Steuernüberlastung, mit ihrem ganzen Arbeitslohn wiederhaben wollen — sie alle müssen rechts wählen, selbst die, die wie die englischen Liberalen nicht rechts gerichtet sind.

Nur keine Zersplitterung. Nur nicht die Mitte wählen, sonst gibt es in der Praxis eine Links-regierung. Sondern wer die Mitte haben will, muß rechts wählen. Die Mitte kommt dann in den Parlamenten durch die Mischung von Links und Rechts von selbst. Verrenn wir von den englischen Liberalen!

Und wenn du das nicht verläßt, lieber Wähler, dann frage deine Hausfrau, wie eine richtige Farbenmischung beim Färben herauskommt: die gemischte Mittelfarbe, ein schönes Goldgelb oder Violett, bekommt man nicht, indem man zu dem Rot die Mittelfarbe goldgelb oder violett hinzugibt — denn dann gibt es rotorange und rotviolett — sondern indem man zu dem Rot das reine Gelb oder das reine Blau mischt, nur dann bekommt man die Mittelfarbe, die man braucht.

Darum: Wähle am 7. Dezember rechts. Dann allein bekommen wir die wahre Politik der gesunden Mitte!

Zusammenstoß zwischen Kroaten und Serben.

Nach einem Bericht des offiziellen Blattes „Revo“ der jugoslawischen Regierung kam es in Karlsbad zwischen kroatischen Separatisten und zentralistischen Nationalisten zu einem blutigen Zusammenstoß. Als die Kroaten ein Kaffeehaus zu demolieren angingen, stellten Polizei und Militär die Ordnung wieder her. Bei dem Handgemenge wurden ein Offizier und 28 Personen, darunter auch Soldaten und Polizisten, verletzt. Auch in Belgrad kam es zu blutigen Unruhen. Der Balkan war von früher her der Brandherd Europas und die Alliierten haben mit ihrer willkürlichen Staatensplitterung die Brandgefahr nur vermindert.

Japan gegen Flottenaufrüstung.

In Washington politischen Kreisen findet die „Revo“ der jugoslawischen Regierung eine Entscheidung, die nach der Japan auf keinen Fall gemittelt ist, sich an weiteren Beschränkungen der Flottenrüstung durch eine neue Abrüstungskonferenz zu beteiligen. Der scheinbar von maßgeblicher japanischer Seite kommende Widerstand gegen eine neue Abrüstung wird von der ganzen japanischen Presse eingehend erörtert. Es wird behauptet, daß die geographische und strategische Lage Japans keine weitere Flottenaufrüstung gestatte.

Man tut gut, über untern europäischen Fragen den fernsten Blick nicht zu verlieren. Dort und im Mittelmeer halten sich die Völker immer dichter zusammen, bis eines Tages die Mitte zuden.

Die Reuter aus Hankau berichtet, daß Wu-Bei-Fu, der Sanfu vor kurzem verfallen hatte und sich nach Tientsin, seinem alten Hauptquartier in der Provinz Hanan, zu begeben, aus Tsien gestrichelt. Der Oberbefehlshaber der Provinz Schensi, der gegen Wu-Bei-Fu vorrückte, hatte ihm ein Ultimatum gestellt, worauf die eigene Leibwache Wu-Bei-Fus unterwarf. — Es scheint mehr und mehr, daß die russisch-japanische Gruppe in China (Tschangschin) über die englisch-amerikanische (Wu-Bei-Fu) liegt. Der Weltkrieg wird dadurch nicht gefördert.

Letzte Entscheidung.

Von Georg Kara, ord. Prof. a. d. Universität Halle.

Seit dem verhängnisvollen Juniabend des Jahres 1919 ist das deutsche Volk vor keine so schwere Entscheidung gestellt worden wie heute. Ja, man darf sagen, daß der 7. Dezember 1924 wichtiger in unserer Geschichte gewesen wird als der 28. Juni 1919.

Diese Behauptung wird unglückliche Fehler leicht überreden. Denn wenn damals eine „rauh“ bunte Empörung das deutsche Volk erstarrt zu haben ließen, droht heute die vielleicht noch schlimmere Gefahr amoralischer Gleichgültigkeit gegen das, was bevorzucht. Man denkt, die Außenpolitik ist uns durch die Annahme des Dawes-Guthrie'schen Vorschlags wie auch immer noch immerhin zu diesem Schicksal und Wucherungsvertrag stellen und die Innenpolitik wird durch Partei- und Wirtschaftskrisen bestimmt, über die es fast schon nicht ein Urteil zu gewinnen. Immer wieder ist es in diesen zehn Jahren ein tragischer Konflikt für den Deutschen gewesen, daß er sich über entscheidende Schicksalsfragen des Vorkrieges hinwegsetzt und nicht mehr wollte, ohne das Für und Wider aus eigener Sachkunde abwägen zu können.

Mit Recht entschuldigend und ansehnend von dem ganzen parlamentarischen Betrieb lassen sich Mittelworte sagen, die doch nicht mehr, wenn man sie nicht einmal die Probleme ganz verstehen, über die wir entscheiden sollen.

Seute aber steigt der Fall anders. Das Problem, ich möchte sagen, das einzige, das überlebende Kräfte durch den heutigen Zustand der Völkerbund. Hier kann jeder erkennen und urteilen. Schon seit Jahren ist vor allem von der linken verbliebenen Schattierung und ganz besonders von den Parteien, die in unangenehmen Drängen, Wägen und Wühlen erfolgt, das Deutschland in den Völkerbund treiben sollte. Und das Ausland hat sich selbstverständlich in der linken Richtung beizogen. Die Linken und Rechten, deren Zahl in der allen Parteien Region ist, lagen sich früher oder später. Wir müßten ja wohl einmal in den Völkerbund, aber natürlich nur unter günstigen Bedingungen. An diesem Punkt hat die Regierung einseitig mit einer Gleichgültigkeit, wie sie bei der Vererbung und Umgestaltung der deutschen öffentlichen Meinung durch mehrere Regierungen seit 1918 angesehener hat. Sie hat ihre Schicksalstage geschickt und damit, wie wir befehle werden, die Stellung Deutschlands als Großmacht und seinen Einfluß im Völkerbund gelähmt, ohne in ein erneutes, größtenteils amerikanisches, der Vorkrieges Weltallgemein einmündigen. Die Franzosen trauen sich zwar noch ein wenig, wohl mehr zum Schein als in Wirklichkeit. Aber sie werden ohne Zweifel zum Schein einmündigen, einen neuen Beweis der verächtlichen Friedfertigkeit ihrer jetzigen Regierung zu geben, in werden dafür Robesonnen bei unserer Linken ernten — und die Sache ist gemacht!

In Wirklichkeit nimmt Deutschland aus ohne ein neues Einverständnis durch den Eintritt in den Völkerbund den Vertrag von Versailles freizulassen zum zweiten Male an. Ist doch das Verfallensrecht ein in der unterzeichneten Artikel dieses Vertrages. Durch einen Eintritt billigt also Deutschland in völliger Freiheit der Entscheidung alle materiell unmöglichen Bestimmungen des Artikels 191, auch alle Artikel, die paragrafen über deutsche Schuld, deutsche Verbrechen usw. Aus dem Diktat, welches unter Protest, während der übermächtigen Gewalt 1919 unterzeichnet wurde, wieder in Kraft 1925 ein frei anerkannter Staatsvertrag werden.

Deutschland würde damit nicht nur seine eigene Schuld und seine eigene Schwach ausdrücken sich belästigen, sondern auch feierlich Verat über ein all den Millionen unterdrückter Völker, die von der Welt bis an die Welt, von der Welt bis an den Welt unter Fremdbestimmung schmachten. Denn § 10 des Völkerbundesvertrages bestimmt, daß die Mitglieder sich gegenseitlich die Innerlichkeit ihres ausenbüßlichen Schicksals garantieren.

Die deutsche Regierung hat unter ihren Bedingungen eine Anspielung auf diesen Vertrag werden ebenfalls trotzdem vermeiden, wie auf die Schuldfrage und die Währungsfrage.

Wir würden also durch die Seilschaft der „Verträge“ zu unerhörte Hauptarbeiten, wie die Übernahme von Weltland, Eupen und Malmedy, den Haub der Weltrechts und Oberhoheitsfragen, und andere wichtige, und nicht ohne weiteres, jede Veränderung dieser Zustände zu verhindern.

Man male sich einmal aus, welchen Widerball das in dem Herzen der treu zu Deutschland liebenden und für Deutschland lebenden verlassenen Völkergruppen in Ost und West, Nord und Süd ermeden würde.

Da predigen Demokraten und Sozialisten, Deutschland erhalte in einen Sitz im Rat des Völkerbundes und muß in diesen eintreten, gerade wie ein unterdrücktes Völker, selbst ein Vorkommen. Aber man liebt sich einmal diesen Rat an, in dem wir eine Stimme gegen sein hätten. Man überzeuge keine Zeitlose in allen Fragen der letzten Jahre, wo Recht gegen Gewalt stand, und frage sich weiter, ob hier noch ein „Recht“ und ein „Volk“ und ein Vertreter im Völkerbundesrat saugten Deutschlands — mehr zu erwidern wäre es eine während der Jahre, während der die deutsche politische Schicksalsfrage in Deutschland ist. Und glaubt wohl einer, daß der von einer Linksregierung — nur eine solche würde den Völkerbund betreten — nach dem entfalteten deutsche Vertreter im Völkerbund zu entscheiden würde, wie im Sommer der ungarische Ver-

